
S 34 AL 67/03

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Arbeitslosenversicherung
Abteilung	8
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 34 AL 67/03
Datum	30.07.2003

2. Instanz

Aktenzeichen	L 8 AL 297/03
Datum	28.05.2004

3. Instanz

Datum	-
-------	---

- I. Die Berufung des Klägers gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts M¹/₄nchen vom 30. Juli 2003 wird zur¹/₄ckgewiesen.
II. Au¹/₄ßergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
II. Die Revision wird nicht zugelassen.-

Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist die Zahlung von Arbeitslosenhilfe (Alhi) f¹/₄r die Zeit vom 22.04.2000 bis 01.05.2001 streitig.

Der 1964 geborene Kl¹/₄ger bezog zuletzt bis 21.04.2000 Alhi vom Arbeitsamt P¹/₄!
Der Bewilligung lag ein Urteil des Sozialgerichts (SG) Dresden vom 27.04.2001 (Az.: S 10 AL 1284/99) zugrunde. In den Entscheidungsgr¹/₄nden verneinte das SG Dresden eine Zahlungsverpflichtung der Beklagten f¹/₄r die Zeit nach dem 21.04.2000 wegen eines fehlenden Antrags des Kl¹/₄gers.

Im Klageverfahren vor dem SG M¹/₄nchen wegen der Ablehnung von ¹/₄berbr¹/₄ckungsgeld zur Aufnahme einer selbst¹/₄ndigen T¹/₄tigkeit (Az.: S 35 AL 1158/02 â¹/₄ Az. des Berufungsverfahrens: [L 8 AL 296/03](#)) beantragte der Kl¹/₄ger

mit Schreiben vom 30.12.2002 die "Nachzahlung von Alhi für die Zeit vom 21.04.2000 bis zum 01.05.2002". Da der fiktive Anspruch noch nicht durch Erfüllung untergegangen sei, bestehe ein Nachzahlungsanspruch an Alhi und demzufolge auch ein Anspruch auf die Nachzahlung des   berbr  ckungsgeldes einschließlich Zinsen. Da am 27.04.2001 vom SG Dresden das Verfahren S 10 AL 1284/99 verhandelt worden sei und zu diesem Zeitpunkt keine Sperrzeit bestanden habe, sei der fiktive Anspruch eindeutig.

Auf die gerichtliche Anfrage des SG München vom 20.01.2003 zum Stand eines entsprechenden Verwaltungsverfahrens oder zur Durchführung des Widerspruchsverfahrens bezüglich der begehrten Nachzahlung von Alhi teilte der Kläger mit, seine Klage richte sich gegen den Bescheid des Arbeitsamtes München vom 12.06. 2002, mit dem sein Antrag auf   berbr  ckungsgeld abgelehnt worden sei.

Mit Gerichtsbescheid vom 30.07.2003 hat das SG die Klage abgewiesen. Diese erweise sich als unzulässig. Hinsichtlich der vom Kläger ab 22.04.2000 begehrten Nachzahlung von Alhi l  gen weder ein entsprechender Bewilligungsbescheid noch ein Ablehnungsbescheid der Beklagten vor. Der Grund hierfür l  ge im fehlenden Antrag des Klägers. Eine echte Leistungsklage nach [   54 Abs.5](#) Sozialgerichtsgesetz     SGG     sei nicht zulässig, da die streitige Alhi stets einen entsprechenden Bewilligungsbescheid (Verwaltungsakt) voraussetze. Der Kläger sei in diesem Zusammenhang durch das gerichtliche Schreiben vom 20.01.2003 auf die Notwendigkeit eines Verwaltungsverfahrens vor Erhebung der Klage, einschließlich des nach [   78 SGG](#) zwingend vorgeschriebenen Widerspruchsverfahrens, hingewiesen worden. Der vom Kläger genannte Bescheid des Arbeitsamtes München vom 12.06.2002 betreffe in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 23.07.2002 allein die Ablehnung des vom Kläger gestellten Antrags auf die Gewährung von   berbr  ckungsgeld. Eine Ablehnung der vom Kläger bei der Beklagten ab dem 22.04.2000 nicht beantragten Alhi sei somit nicht erfolgt.

Zur Begründung seiner Berufung verweist der Kläger erneut auf das Urteil des SG Dresden vom 27.04.2001. Er vertritt weiterhin die Auffassung, dass hier ein fiktiver Anspruch auf Alhi festgestellt sei, weshalb ihm die Beklagte aus diesem Urteil Alhi ab 22.04.2000 schulde.

Der Kläger beantragt, die Beklagte unter Aufhebung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts München vom 30.07.2003 zu verurteilen, für die Zeit vom 22.04.2000 bis 01.05.2002 Arbeitslosenhilfe zu zahlen.

Die Beklagte beantragt, die Berufung zurückzuweisen.

Sie schließt sich den Ausführungen des SG im angefochtenen Gerichtsbescheid an.

Zur Ergänzung des Tatbestandes wird im übrigen auf den Inhalt der Verwaltungsunterlagen der Beklagten und der Verfahrensakten beider

RechtszÃ¼ge Bezug genommen.

EntscheidungsgrÃ¼nde:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung ist zulÃ¤ssig ([Â§ 143, 151 SGG](#)), ein Ausschlussgrund ([Â§ 144 Abs.1 SGG](#)) liegt nicht vor.

In der Sache erweist sich das Rechtsmittel als unbegrÃ¼ndet.

Zu Recht hat das SG MÃ¼nchen mit Gerichtsbescheid vom 30.07.2003 die Klage abgewiesen, denn diese war unzulÃ¤ssig. BezÃ¼glich der vom KlÃ¤ger ab dem 22.04.2000 begehrten Zahlung von Alhi lag weder ein Bewilligungsbescheid noch ein Ablehnungsbescheid der Beklagten vor. Ebenso wenig war das fÃ¼r eine Klageerhebung gemÃ¤Ã§ [Â§ 78 SGG](#) zwingend vorgeschriebene Widerspruchsverfahren durchgefÃ¼hrt. Der vom KlÃ¤ger genannte Bescheid vom 12.06.2002 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 23.07.2002 betrifft ausschlieÃ¼lich die Ablehnung der GewÃ¤hrung von Ã¼berbrÃ¼ckungsgeld.

Somit war die Berufung des KlÃ¤gers gegen den Gerichtsbescheid des SG MÃ¼nchen vom 30.07.2003 zurÃ¼ckzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#).

GrÃ¼nde fÃ¼r die Zulassung der Revision gemÃ¤Ã§ [Â§ 160 Abs.2 Nrn.1 und 2 SGG](#) liegen nicht vor.

Erstellt am: 25.08.2004

Zuletzt verÃ¤ndert am: 22.12.2024